

*Winfried Veit*

## Der Kampf um das verlorene Paradies

In Frankreich hat die Auseinandersetzung um einen umstrittenen Paragraphen in einem Gesetz zur Förderung der Chancengleichheit an den Rand einer Staatskrise geführt. Nach dreimonatigen heftigen Auseinandersetzungen kapitulierte die konservative Regierung von Ministerpräsident Dominique de Villepin vor dem Dauerprotest von Millionen Menschen. Die Regierung hatte, wie in anderen europäischen Ländern auch und wie in Deutschland im Koalitionsvertrag der schwarz-roten Bundesregierung verankert, eine stärkere Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und damit eine chancenreichere Bekämpfung der hohen Jugendarbeitslosigkeit beabsichtigt. Als Instrument dafür war der „Ersteinstellungsvertrag“ für junge Leute unter 26 Jahren gedacht, der insbesondere zwei Punkte beinhaltete, die den Zorn der Betroffenen auslösten: eine Probezeit von zwei Jahren und die Möglichkeit einer Kündigung ohne Angabe von Gründen. Angesichts der größten Massenmobilisierung seit Jahren lenkten Staatspräsident Jacques Chirac und die Regierungspartei UMP ein: am 14. April wurde der umstrittene Paragraph 8 des Gesetzes durch eine neue Bestimmung ersetzt, die den „Zugang der jungen Menschen in das aktive Leben der Unternehmen“ fördern soll. Auch wenn das Problem damit vom Tisch ist, stellt sich angesichts der in den meisten anderen europäischen Länder unvorstellbaren Ausmaße der Krise zum wiederholten Mal die Frage nach der Reformfähigkeit Frankreichs.

### Konturen einer Krise

Begonnen hatte es mit der Ankündigung von Ministerpräsident Dominique de Villepin am 16. Januar, einen „Neueinstellungsvertrag“ (contrat première embauche - CPE) zu schaffen, um die im europäischen Maßstab hohe Jugendarbeitslosigkeit (23 Prozent) besser bekämpfen zu können. Am 31. Januar begann

die Nationalversammlung mit der Lesung des Gesetzes über die Chancengleichheit, die von der linken Opposition mit allen parlamentarischen Mitteln bekämpft und behindert wurde. Um diese Widerstände zu überwinden, griff Villepin am 10. Februar zum Artikel 49-3 der Verfassung, der es der Regierung erlaubt, die Abstimmungsprozedur zu verkürzen. Mit ihrer komfortablen Mehrheit verabschiedete die Regierungspartei UMP (Union pour un mouvement populaire) am 9. März das Gesetz, das schon am 1. März vom Senat, der zweiten Kammer, angenommen worden war. Am 14. März legten die Abgeordneten und Senatoren der Sozialistischen Partei (PS) Verfassungsbeschwerden gegen den CPE beim Verfassungsrat ein. Dieser entschied am 30. März, daß das Gesetz in allen Punkten, also auch den CPE betreffend, verfassungskonform sei. Am 31. März erklärte Präsident Chirac in seiner Fernsehansprache, daß er das Gesetz in Kraft setzen werde, was er auch zwei Tage später tat. Gleichzeitig kündigte er jedoch an, das Gesetz solle zunächst nicht „angewandt“ werden; die Regierungspartei sei beauftragt, so schnell wie möglich einen Änderungsentwurf im Parlament einzubringen, der insbesondere eine Kürzung der Probezeit auf ein Jahr und die Notwendigkeit einer Begründung für eine Entlassung einschließen sollte.

Was für sich genommen wie eine zwar nicht ganz normale, aber doch legale Prozedur aussah, hatte sich rasch fast zu einer Staatskrise ausgeweitet. Denn Frankreichs Uhren gehen immer noch anders: Der Widerstand gegen den CPE hat die Form einer sozialen Massenbewegung angenommen, mit Demonstrationen, Besetzungen, Blockaden und auch gewalttätigen Ausschreitungen. Am 7. Februar gingen in ganz Frankreich zwischen 220 000 und 400 000 Menschen auf die Straße (die Zahlen sind jeweils Angaben der Polizei und der

Veranstalter), am 7. März waren es zwischen 400 000 und einer Million. Am 18. März demonstrierten schon 530 000 bis 1,5 Millionen, am 28. März waren es zwischen 1 und 3 Millionen Demonstranten, die gegen den CPE auf die Straße gingen, davon allein 100 000 bis 700 000 in Paris. Und am 4. April waren es fast noch einmal so viele – Ausdruck einer über Wochen anhaltenden Mobilisierung. Daneben und dazwischen lagen die Besetzung und Räumung der Sorbonne, die Vandalisierung der Hochschule für Sozialwissenschaften, die Blockade von Dutzenden Gymnasien und Universitäten, von Bahnhöfen und Autobahnen – und nicht zuletzt die gewalttätigen Attacken zahlreicher Jugendbanden aus den Vorstädten auf Demonstranten wie Polizei, die am 28. März am Place des Invalides in einer Orgie der Gewalt mit angezündeten Autos, geplünderten Geschäften und sich bis in die Nacht hinziehenden Straßenschlachten endeten.

Diese „Aktionstage“ wurden begleitet von Streiks, von denen vor allem der öffentliche Transport und die Schulen betroffen waren. Zum ersten Mal seit langer Zeit waren sich die fünf „anerkannten“ Gewerkschaften einig und riefen gemeinsam zu Demonstrationen und Streiks auf. CFDT, CGT, FO, CFTC und CFE-CGG, sonst eher Konkurrenten und sich gegenseitig die Mitglieder abluhsend, verwandelten wieder einmal ihre organisatorische Schwäche (nur neun Prozent der Arbeitnehmer sind gewerkschaftlich organisiert) in mobilisierende Stärke. Das erklärt die Hartnäckigkeit, mit der die Gewerkschaften den Kampf der Studenten und Schüler gegen den CPE unterstützten; ein Nachgeben hätte nicht nur einen symbolischen Prestigeverlust bedeutet. Auch für die politische Linke war das Vorgehen von Ministerpräsident Villepin und der Widerstand dagegen ein Geschenk des Himmels: von den Trotzlisten über Kommunisten und Grüne bis zu den Sozialisten überbot man sich gegenseitig in der Verurteilung des CPE, und in der PS geriet sogar der Dauerstreit über die sozialistische Präsidentschaftskandidatur zu den Wahlen 2007 in den Hintergrund.

Das Rückgrat der Bewegung aber waren die Studenten und Schüler, deren Organisationen sich in einer „Nationalen Studenten- und Schülerkoordination“ zusammen geschlossen haben, die den Rhythmus der Bewegung vorgab. Die „Erwachsenen“ – Gewerkschaften und Parteien, Lehrer- und Elternverbände – liefen hinterher. Nach Angaben der „Koordination“ befanden sich zeitweise 68 Universi-

täten im Streik und waren 1000 Gymnasien von den Aktionen betroffen. Sie setzten damit ihre Examen aufs Spiel – in Frankreich, wo man möglichst früh zum Abschluß kommen will, ein riskantes Unterfangen, das den Grad der Verzweiflung der jungen Menschen aufzeigt. Nach unterschiedlichen Umfragen sind 68 bis 80 Prozent von ihnen gegen den „Ersteinstillungsvertrag“.

### Generation der Verlierer?

Wie ist die Heftigkeit zu erklären, mit der die französische Jugend Sturm gegen ein Gesetz lief, das eigentlich zu ihren Gunsten gedacht war? Sicher ist, daß der CPE nur der berühmte Tropfen war, der das Faß zum Überlaufen brachte. Aber womit ist das Faß gefüllt? Zunächst einmal mit der im europäischen Vergleich hohen Jugendarbeitslosigkeit von 23 Prozent, die in den „alten“ EU-Ländern nur von Italien übertroffen wird (in Deutschland sind es 15 Prozent). In den überwiegend von afrikanischen und arabischen Einwanderern und deren Nachkommen bewohnten Vorstädten sind es bis zu 40 Prozent. Die Unruhen vom Herbst 2005 in diesen Vorstädten und die gegenwärtige Revolte bezeichnet der Schriftsteller Jacques Attali als „die explosive Begegnung zweier zorniger Jugendbewegungen“. Sie sind auch Ausdruck der zunehmenden Hoffnungslosigkeit, wenn ein veraltetes Bildungssystem zwar immer mehr Absolventen produziert, deren Diplome auf dem Arbeitsmarkt aber zunehmend wertlos sind. In den letzten Jahren hat man mehr als zehn verschiedene Formen des Abiturs geschaffen (62 % eines Jahrgangs machen Abitur), aber die Berufsausbildung vernachlässigt, die als minderwertig gilt. Frankreich ist eines der wenigen Länder, in denen für Studenten weniger Geld ausgegeben wird, als für Gymnasiasten. Die Universitäten sind schlecht ausgestattet und sie produzieren am Bedarf des Arbeitsmarktes – vor allem in technischen Berufen – vorbei. So dauert es in der Regel drei Jahre, bis 70 Prozent einer Generation eine feste Anstellung finden – „précarité“ (Unsicherheit) ist das allgemeine Stichwort und als „contrat précarité exclusion“ (Vertrag über Unsicherheit und Ausschluß) wurde der CPE auf den Demonstrationen oft bezeichnet. Das hat auch damit zu tun, daß die herrschende Elite aus den bestens ausgestatteten „grandes écoles“ hervorgegangen ist, auf denen man für einen Staatsdienst vorbereitet wird, der mit der gesellschaftlichen Realität im Zeitalter der Globalisierung nur noch wenig zu tun hat.

Manche wollten in der Anti-CPE-Bewegung schon einen zweiten Mai 1968 sehen. Dem widerspricht Daniel Cohn-Bendit, einer der Anführer des Mai 68: die Revolte 68 sei offensiv gewesen, die von 2006 sei defensiv. Heute gehe es nicht darum, die Gesellschaft zu verändern sondern seinen Platz darin zu finden. Noch kategorischer urteilt ein junger, in Paris lebender italienischer Journalist in „Le Monde“: es handle sich bei dieser Bewegung um eine Art „konservativer Revolution“, die danach strebe, das „verlorene Paradies“ zu erhalten, wo die Sicherheit des Arbeitsplatzes garantiert war in einer Wirtschaft, die noch nicht „die Beute der liberalen Globalisierung“ war. Und er untermauert seine These mit Umfragen, wonach 76 Prozent der zwischen 15 und 30 Jährigen eine Anstellung im Staatsdienst anstreben.

Schlüssiger ist da schon die These vom Generationenkonflikt. Zum ersten Mal seit dem zweiten Weltkrieg wird eine Generation schlechter dastehen, als ihre Eltern. Damit steht Frankreich zwar nicht allein, aber die Auswirkungen sind besonders dramatisch. Dazu trägt vor allem das rigide Beschäftigungssystem bei, das in erster Linie die Arbeitsplatzbesitzer (insbesondere im Staatsdienst) schützt und – bei ungenügendem Wirtschaftswachstum – die nachrückende Generation benachteiligt. Die Daten sprechen für sich:

- der Einkommensunterschied zwischen einem Dreißigjährigen und einem Fünfzigjährigen betrug 1977 15 Prozent, heute sind es 40 Prozent;
- der Anteil der 15-24-Jährigen an der Bevölkerung sank von 16,15 Prozent im Jahr 1975 auf heute 12,4 Prozent; gleichzeitig stieg der Anteil der über 65-Jährigen von 13,3 auf 16,2 Prozent;
- die Arbeitslosigkeit der jungen Generation erhöhte sich im gleichen Zeitraum von acht auf 23 Prozent;
- 65 Prozent der jungen Männer und 50 Prozent der jungen Frauen leben heute bei ihren Eltern; 1975 waren die entsprechenden Zahlen 35 und 20 Prozent;
- 1975 waren in der Altersklasse bis 24 Jahren fast 24 Prozent verheiratet, heute sind es gerade noch mal 2,3 Prozent;
- zum ersten Mal in der französischen Geschichte liegt das Durchschnittseinkommen der Nicht-Berufstätigen über dem der Arbeitenden; diese werden nicht nur länger arbeiten müssen als ihre Eltern, sie werden auch die horrenden Staatsverschuldung abtragen müssen und sollen

gleichzeitig Kinder großziehen, damit das System nicht völlig aus den Fugen gerät.

Bei solchen Zukunftsaussichten ist es kein Wunder, daß die Jugend rebelliert. Aber ihre Rebellion zielt ins Leere: sie fordert keine Reformen sondern die Erhaltung des alten, nicht mehr lebensfähigen Systems. Bestes, oder vielmehr schlechtestes Beispiel ist die Anfang 2005 aufgrund des Drucks der Straße gescheiterte Reform des Abiturs. Der damalige Erziehungsminister Francois Fillon hatte vorgeschlagen, daß nicht nur – wie bisher – das Endexamen zählt sondern daß auch die kontinuierliche Leistung des Schuljahres bewertet wird – eine Reform, die nicht nur logisch sondern gerade auch im Interesse der Schüler zu sein schien. Doch diese verhinderten mit Massendemonstrationen und Schulboykott jegliche Änderung des überkommenen Systems. Der Historiker Jacques Julliard fasste dieses Phänomen in die Worte: „Die Franzosen sind zwar gegen die Eliten, aber das Besondere daran ist, daß sie gleichzeitig einer wahrhaftigen Staatsreligion huldigen. Die Zentralmacht hat zwar versagt, aber das Heil kann nur von der Zentralmacht kommen“.

### **Blockierte Gesellschaft**

Ist das vielleicht die Erklärung für die gegenwärtige Krise? Diese ist ja nicht neu, und die Phänomene sind fast immer die gleichen. Seit dem Ende der Wachstumsperiode der Nachkriegszeit Mitte der siebziger Jahre sind fast alle Reformversuche – von links oder rechts – gescheitert. In den letzten Jahren hat sich dieser Rhythmus aber beschleunigt: bei den Präsidentschaftswahlen von 2002 schaffte es der Rechtsextreme Jean-Marie Le Pen, den sozialistischen Kandidaten Lionel Jospin aus dem Feld zu schlagen und in die Stichwahl gegen Jacques Chirac zu kommen; 2003 und Anfang 2005 scheiterten die Erziehungsminister Luc Ferry und Francois Fillon mit ihren Reformvorschlägen; am 29. Mai 2005 lehnten die Franzosen den europäischen Verfassungsvertrag ab und im Herbst des gleichen Jahres brachen in den Vorstädten die gewalttätigen Unruhen aus.

Die Tatsache, daß immer wieder aus den unterschiedlichsten Anlässen soziale Massenbewegung entstehen ist ein im Rest Europas kaum bekanntes Phänomen. Der Wirtschaftshistoriker Jacques Marseille sieht dies als direkte Folge der französischen Revolution. Diese habe die gesellschaftlichen Kräfte, die

vermittelnd zwischen Staat und Bürger standen, alle zerschlagen, um eine direkte Beziehung zwischen Bürger und Staat zu schaffen. Es sei deshalb logisch, daß „in Frankreich die Straße den Platz des Parlaments eingenommen“ habe, zumal die Hälfte der Franzosen sich nicht am politischen Leben beteiligten: 20 bis 30 Prozent gehen gar nicht zur Wahl, noch einmal so viele sind reine Protestwähler (15 Prozent für die extreme Rechte, 10 Prozent für die extreme Linke). Frankreich sei durch das „Nichtvorhandensein einer wirklichen Demokratie und einer wirklichen Unfähigkeit zur Diskussion, zur Reform und zum Kompromiß“ gekennzeichnet.

Konfrontation statt Kompromiß – diese Formel ist auch bei der CPE-Krise wieder zum tragen gekommen. Ein halsstarrer Premierminister, der ohne Dialog mit den Sozialpartnern eine Reform des Arbeitsmarktes durchpeitscht, machte den Auftakt. Der Verdacht, daß sich de Villepin als Reformler und starker Mann für die Wahlen 2007 profilieren wollte, ist nicht von der Hand zu weisen. Ganz sicher aber war die angepeilte Präsidentschaftskandidatur ausschlaggebend für die Nr. 2 der Regierung, Innenminister Nicolas Sarkozy, seinem Regierungschef praktisch in den Rücken zu fallen, indem er die „Suspendierung“ des CPE forderte. Die parlamentarische Opposition schloß sich der Forderung der Demonstranten nach Rückgängigmachung des CPE vorbehaltlos an, ohne freilich eigene praktikable Lösungsvorschläge zu machen. So bestätigte sich wieder einmal das Bild vom ohnmächtigen Parlament und sich opportunistisch verhaltenden Politikern und Parteien. Und natürlich besteht die Gefahr, daß die Extreme auf beiden Seiten von der Auseinandersetzung profitieren. Die extreme Linke versucht wie immer bei sozialen Massenbewegungen ihr eigenes Süppchen zu kochen und als Trittbrettfahrer Sympathien zu sammeln; auf der extremen Rechten warnt der Vorsitzende des „Front National“, Jean-Marie Le Pen, vor dem drohenden Autoritätsverlust des Staates, wenn die Regierung in Sachen CPE nachgeben würde – und viele, auch jüngere Bürger werden das wohl ebenso sehen. Im Februar ergab eine Meinungsumfrage, daß 23 Prozent der 18-24-Jährigen für Le Pen stimmen wollen (und ebenso viele für Sarkozy).

Das Problem CPE ist zwar erledigt; auf der Tagesordnung bleibt aber immer noch die herkulische Aufgabe, die sozialen Brüche in der französischen Gesellschaft zu überwinden; mit diesem Versprechen hatte Jacques Chirac 2002 die Präsidentschaftswahlen ge-

wonnen. Wie groß diese Aufgabe ist, zeigt die Einschätzung des Ökonomen und Nobelpreisträgers Maurice Allais: „Die Kräfte der sozialen Zersplitterung sind zweifellos heute stärker als am Vorabend der französischen Revolution“. Der Konflikt um den CPE hat zu einer weiteren Stärkung dieser Kräfte beigetragen.